

aller Welt ist
für ein Volk,
hast öffnet, die
das guten Bil-
berlich war die
als groß und

ens Hände,"

igig Hof gefat
gem.

es das letzte,
eine Hoffnung
leben? Oder
g eines neuen
nd Wahrheit?
nser aller Zu-
hängt davon
err werden in
Bergweisung
chdringt jenes
ienst für Gott
lied des deut-

ott,

Dr. B.

Meiben!"
enüber der

Fischer.

nd zu uns her-
radikal alle
erzen in plan-
t, soll uns das
mpagne" brin-
zug wie über-
teligion nach
der durch
n in den
is, aber auch
s, in Häuser-
llen sorgfältig
Kampf in Um-
die doch auch
rdnungen er-
und zum ver-
an einzelne
hulen, Vertei-
ede von Mund
terstufen. Al-
vielen geübte
em bilden den
Herzen öffnen
Christentums,
on der ange-
mpfkräfte des

en Vorgängen.
önlichen Chri-
elt, nimmt die
einden. Sie ist
änden. Keine,
vor diesem An-
rückt in ihren
len ihren Glie-

s von den Zie-
auf alle Ange-
mt der Stunde.
ernste Vertie-
in besonderen
Hat man bis-
her Ueberliefe-
es nun gelten,
ründe zu erfas-
n und im Ver-
Fähigkeit, dem
en Erkenntnis
winden.

t eigenen Chri-
verwindlich und
ende sind schon
Nicht nur der
Leben der Ge-
ird in solchem
st es, jene Ver-
en zu frohem

igkeit und Un-
noch als bisher
derfenn und der
Böhlität
die rechte Weib-
tskampagne ist
digt, gehört, ge-
ihm geforderte
Water, einer ist

Westpolitik: Dr.
ethel. Aufschriften
28. Für Geld-
aufwärts", Christ-
3011/3919. Christ-
Bethel.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.95 und
0.95 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pfg. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 s je tausend 15 Pfg.
Schluss der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67377.

Nr. 302.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 29. Dezember 1931.

13. Jahrgang.

Herr, der du mich führst
Und mein Tun regierst,
Ohne dich kann nichts gelingen,
Sondern Wollen und Vollbringen,
Wenn es soll gedeihn,
Kommt von dir allein.

Britische Wirtschaftswende.

Die englische Regierung hat, wie berichtet wird, die vor Wochen durch den deutschen Botschafter in London erhobenen Vorstellungen wegen der Einführung prohibitiver Schutzzölle nunmehr beantwortet: man gibt die Schädigung der deutschen Ausfuhr ohne weiteres zu, stellt sehr höflich die Entsendung einer Delegation zur Aufnahme von Verhandlungen „anheim“ und bemerkt zugleich mit fast undiplomatischer Eindeutigkeit, daß die eventuellen Verhandlungen „sehr wenig aussichtsreich“ wären, da man sich auf keinerlei Zugeständnisse werde einlassen können. Mit dieser Nachricht wird dem Optimismus deutscher politischer Kreise, die aus der englischen Pfundkrise wie besonders aus dem ihr folgenden Ausfall der englischen Parlamentswahlen allerlei günstige Folgen für Deutschland herauszubuchstabieren suchten, der letzte Fußbreit Boden entzogen. Was überbleibt, wäre allenfalls eine Verschärfung der englisch-französischen Gegensätze, die in einer reichlich erregten Auseinandersetzung zwischen den beiderseitigen Handelsministern Runciman und Rolfin und in den Vorpostengefechten zu einem regulären Handelskrieg ihren Ausdruck fanden. Aber gerade in dieser Frage weisen uns die eigenen Interessen den vielleicht für viele Deutsche unerfreulichen, aber trotzdem unvermeidlichen Platz an der Seite Frankreichs zu: bedeuten doch die neuen englischen Zölle, denen der eigentliche Zolltarif erst noch folgen soll, für Deutschlands und Frankreichs Wirtschaft einen in seinen Wirkungen heute noch kaum übersehbaren schweren Schaden. Frankreichs Wirtschaft dürfte schätzungsweise durch die englischen Maßnahmen einen Export in Höhe von 1 Milliarde Francs einbüßen, während der Ausfall für Deutschland auf etwa 150 Millionen Mark beziffert werden kann. Schon heute trifft der 5prozentige Zoll, den England auf zwei Duzend Warenkategorien gelegt hat, fast zur Hälfte deutsche Waren, und von der Einfuhrsperre, auf die der endgültige Tarif hinauskommen wird, werden nicht nur Baumwolle, sondern auch — für uns sehr schmerzlich — Eisen- und Stahlwaren betroffen werden.

So bedauerlich und schlimm diese britische Wirtschaftswende, die im Grunde einen Bruch Englands mit dem Freihandel zu Gunsten unübersteigbarer Schutzzollmauern bedeutet, für unsere deutschen Interessen ist, so kann man sich doch auch eines Gefühls der Bewunderung nicht erwehren für die Weitsicht, von der die Maßnahmen der englischen Regierung diktiert scheinen, und für die opferbereite Entschlossenheit, mit der sie vorderhand im englischen Volk aufgenommen werden. Nur hieraus kann man eine einigermaßen plausible Erklärung für die erstaunliche Tatsache finden, daß das England der Jahreswende 1931/32 zum Schutzzollland wird unter dem Sozialisten MacDonald als Premier und unter dem Handelsminister Runciman, einem der britischen Liberalen, die von jeher Bannträger des Freihandels waren. Nur die Welle von vaterländischer Solidarität, von der das englische Volk zur Zeit getragen wird, hat es auch ermöglicht, daß die Tories „ihre Reue zur Passivität“, daß die Labourparty „ihren Restbestand an sozialistischer Ideologie“ überwunden haben, die ein guter Englandkenner, wie Rudolf Kicher, im Vorjahre als Haupthinderungsgründe einer Gesundung der britischen Wirtschaftspolitik bezeichnete.

Meiben Solidarität und Entschlossenheit des eigenen Volkes, von denen wir eben sprachen, die eine Chance für das Gelingen des Schutzzollerperimentes, — denn ein Experiment mit ungewissem Ausgang bleibt die Abkehr vom Freihandel für England trotz alledem —, so könnte eine weitere Gewähr für die Erreichung des angestrebten Ziels der wirtschaftspolitischen Gesundung in der Weitsicht liegen, mit der man ohne jede Rücksicht auf die kontinentale Politik die Schutzzollmaßnahmen auf die Verhandlungen mit den Dominionen und Kronkolonien abgestellt hat. Im gleichen Augenblick, in dem sich das Inselreich hinter die neu errichteten Zollmauern zurückzog, in dem man das ungewohnte und nach englischen Begriffen durch allerlei Einschränkungen eingeengte Leben durch den Schlachtruf: „Engländer, kauft englische Waren“ erträglich zu machen suchte: in eben diesem Augenblick wurden auch die ersten Fäden nach den englischen Kolo-

nien gesponnen, um diesen eine Vorzugsbehandlung in der Zollfrage, um ihnen Sonderzölle etc. in Aussicht zu stellen. Da die neue Tory-Regierung außerdem klug genug war, von vornherein eine Fortsetzung der Kolonialpolitik der Labourparty in Aussicht zu stellen, da sie zum Beweise für die Redlichkeit ihres Willens den kanadischen Premier Bannett, der zu Besuch in London weilte, mit erheblichen politischen und wirtschaftspolitischen Zugeständnissen wieder nach Ottawa entließ, so bedeutet die von dem Tory-Kabinett unter MacDonald eingeleitete Politik ganz ohne Frage eine Gesamtstärkung des britischen Weltimperiums. Es bleibt bei der weitgehenden Selbstverwaltung der Dominions, die man in einzelnen Fällen bis zur Eigenregierung ausbauen läßt, aber nicht eins der englischen Kolonialländer — auch Indien nicht — hat irgendein Interesse daran, sich in der Zeit englischer Hochschutzzölle von dem Mutterland endgültig zu trennen und damit auf jeden Export nach demselben zu verzichten.

Saben wir vorstehend die Chancen der britischen Wirtschaftswende abzuwiegen gesucht, so darf andererseits nicht verkannt werden, daß der endgültige Erfolg noch von mancherlei Imponderabilien abhängig ist, die sich heute noch keineswegs völlig übersehen lassen. Gewiß ist z. B. der englische Lebensstandard infolge der Pfundkrise und der Umstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse empfindlich gesunken. Doch bedeutet diese Senkung für die Vetterin jenseits des Kanals vorderhand nur den Verzicht auf mancherlei Komfort, noch nicht aber Entbehrung und — Hunger. Sollte, was bislang nicht der Fall ist, das Abflachen des Pfundes sich auch in den Preisen des englischen Inlandsmarktes auswirken, sollten Not und Elend, wie sie im deutschen Volk längst zu Hause sind, immer weitere Kreise drüben jenseits des Kanals ergreifen, so würde erst die eigentliche Kraftprobe für die englische Solidarität, auf die man heute so stolz drüben ist, beginnen. Erst dann wird sich erweisen, ob die Politik des Freihandels oder die des jetzt eingeleiteten Hochschutzzolls das Bessere für das britische Imperium war.

Richard Wagner, bekanntlich ein grimmer Feind alles Engländerturns, hat von den Briten einmal gesagt: „Durchgängig haben sie den Typus des Schafes, und ebenso sicher als der Instinkt des Schafes zum Auffinden seines Futtertellers auf der Wiese ist der praktische Verstand des Engländer.“ Sätze er recht gehabt, — womit wir uns ja den zoologischen Vergleich nicht zu eigen zu machen brauchen — so würde das für das Gelingen des Hochschutzzollerperimentes sprechen. Die Zeit wird es lehren.

Neue Richtlinien für die ländliche Siedlung.

In der ländlichen Siedlung ist durch die Verordnung des Staatskommissars in Preußen, Ministerialdirektor Bollert, endlich der zehnjährige Kampf zwischen dem Reich und Preußen in der Siedlungsfrage beendet. Die Richtlinien sind von beiden Kabinetten gebilligt und bringen völlig neue Wege für die Siedlung. Außer dem Reichsiedlungsgesetz sind sämtliche bisherigen Verordnungen und Bestimmungen aufgehoben. Die am 10. November 1931 veröffentlichten neuen, in 97 Paragraphen gefaßten Richtlinien enthalten Bestimmungen über die Neuschaffung von Bauernstellen in Ostdeutschland, über die an Bedeutung hervortretende Anliegersiedlung, durch die ohne Schaffung neuer Gebäude Kleinbetriebe auf die Größe einer Bauernstelle gebracht werden, über Urbarmachung von Oed- und Moorlandereien in Mittel- und Westdeutschland sowie über die Ablösung öffentlich-rechtlicher Lasten auf den Siedlungsgütern. Als wesentlichstes ist hervorzuheben die Herabsetzung der Baukosten auf ca. 1/2 der Gebäudepreise von 1929, die Festlegung der Gruppen- und Aufstiegszinsfuß, wie sie seitens des Evangelischen Siedlungsdienstes bereits in diesem Jahre mit großem Erfolg durchgeführt worden ist und die Einschaltung des Siedlers in den gesamten Siedlungsvorgang. Aus dem Siedler, der bisher nur Objekt der Siedlung war, wird damit ein mit weitgehenden Vollmachten gegenüber dem Siedlungsträger ausgestattetes Subjekt. Die Verzinsung und Tilgung der Siedlungskredite ist mit Rücksicht auf die schwere Notlage der ostdeutschen Landwirtschaft wesentlich herabgesetzt und die Zahl der Freijahre erhöht. Von Bedeutung für sämtliche Kirchenbehörden und Pfarrer sind die Bestimmungen über die Vereinfachung der Ablösung von Patronatslasten und öffentlich-rechtlichen Leistungen. Die Richtlinien sind auf Behörden tagungen, sämtlichen Landräten, Siedlungsgesellschaften und Landeskulturbehörden, sowie den Provinzialverwaltungen in Königsberg, Stettin, Frankfurt an der Oder und Breslau vom Staatskommissar persönlich

bekannt gegeben. Auf Einladung des Staatskommissars hat der Leiter des Evangelischen Siedlungsdienstes, Dr. Schulz, an allen Besprechungen mit den Behörden teilgenommen und selbst mehrfach das Wort zu Vorträgen über die Industriearbeiterumsiedlung ergriffen.

Dr. Schulz-Bielefeld.

Eigene Schuld und Satanswerk!

Vor etwa 2 Jahren hörte ich auf einer Pfarrerkonferenz einen Vortrag über Neuere Mission. In der Aussprache fielen von seiten eines Pfarrers merkwürdige Worte. Er sagte etwa folgendes: „Ich kann es nicht verstehen, daß die Missionare die Kühnheit haben, den Heiden da draußen das Evangelium zu verkünden. Solange wir in der Heimat uns nicht klar sind über Fragen des Christentums und Politik, Christentum und Technik, Christentum und Nationalismus, Christentum und Kapitalismus, solange können wir den Heiden, wenigstens ich könnte das nicht, das Evangelium verkünden.“

An dieses kleine Erlebnis wurde ich erinnert, als ich den Artikel von Gustav Sundermann „Satanswerk — oder eigene Schuld?“ in Nr. 292 des „Aufwärts“ las. Wenn jener Artikelschreiber, der in Nr. 284 den Fall Eckert beleuchtet hat und dabei im Gegensatz zu Eckert den Satz ausspricht: „Nicht die Kirche, sondern eben diese satanischen Mächte sind schuld an der Gottlosenbewegung“, so erweckt er damit den Eindruck, als ob diese Antwort auf die Frage der Gottlosenbewegung eine sehr „bequeme“ sei. Aber Gustav Sundermann begeht nun den Fehler, daß er ins Gegenteil verfällt und den Eindruck erweckt, daß er die Schuld an der Gottlosenbewegung nur auf Seiten der Kirche sieht und damit eigentlich ganz auf Seiten Eckerts steht.

Aber das ist nun die Frage: Trägt wirklich die Kirche allein die Schuld an der Gottlosenbewegung unserer Tage?

Wenn das wirklich so ist, wie es Gustav Sundermann ausdrückt, dann ist er der ähnlichen Meinung wie der oben erwähnte Pfarrer im Blick auf die Neuere Mission, dann hat die Kirche noch nicht das erlösende Wort gesprochen und kann es auch noch nicht sprechen, solange sie sich nicht klar ist über den Kampf mit dem Kapitalismus.

Ich sage mit Bewußtsein nicht, dann hat die Kirche nicht das Evangelium, denn das scheint mir die Hauptfrage im Anschluß an den Artikel von G. S. zu sein: Was ist denn eigentlich Aufgabe der Kirche? Soll es vielleicht die Hauptaufgabe der Kirche sein, „eine starke, klare Stimme gegen dieses Teufelsystem zu erheben, das man heute Kapitalismus nennt“? Glaubt denn der Verfasser wirklich, daß eine andere Wirtschaftsordnung frei vom Satanismus wäre? Ist es nicht unser Glaube, wenigstens, wenn wir auf dem Boden der Schrift stehen — sind wir uns eigentlich darin einig? — ist es nicht gerade unser Glaube, daß alle Wirtschaftsordnungen, daß alle es, was zur Welt gehört, unter dem Gericht unseres Heilandes steht?

Was ist denn eigentlich Aufgabe der Kirche? Die meisten in unserem Volk sehen die Aufgaben der Kirche da, wo sie in Wahrheit nicht zu liegen haben. Aber so wenig man von der Hauptaufgabe der Kirche in unserer Zeit etwas wissen will, um so mehr muß es doch immer wieder gerade in unserer Zeit gesagt werden: die erste und vornehmste Aufgabe der christlichen Kirche ist nicht die Leibsorge, sondern die Seelsorge. Was hilft es unserem Volk oder auch der Menschheit, wenn der Kapitalismus gebrochen ist, und in einer neuen Wirtschaftsordnung Selbstsucht und Habgier in neuer, veränderter Form, aber mit dem gleichen Inhalt ihren Fortgang nehmen? Was ist damit gewonnen, wenn meinetwegen unser Volk genug, übergenug zum Leben, aber seine Seele verloren hat? Hier müssen wir einsehen, hier muß die Kirche einsehen, hier behält das alte Evangelium seine alte und doch ewig zeitgemäße Bedeutung, daß nämlich das Wesen unseres Glaubens und damit das Wesen unserer evangelischen Kirche darin besteht, daß Jesus in die Welt gekommen ist, um die Sünder selig zu machen. Nicht von außen her (Kampf dem Kapitalismus), sondern von innen her (Kampf der Sünde) kann eine Besserung unserer Lebensbedingungen eintreten.

Aber wer will heute davon etwas hören? Die meisten suchen ja ihre Handlungsweise durch die schlechten Zeiten und die ungerechten Verhältnisse dieser Welt zu entschuldigen. Wir alle sind in der Gefahr, die Sünde nicht ernst genug zu nehmen und zu vergessen, daß es für alle Zeiten wahr bleibt: „Das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf!“

Wenn man schon von einer Schuld der Kirche sprechen will, so scheint mir das ihre größte Schuld zu sein,

411

Stadt-Bibliothek

S 839

daß in ihr vielerorts nicht mehr das Evangelium von Jesus Christus, dem Heiland der Sünder gepredigt wird. Die vielen leeren Kirchenbänke werden nicht dadurch befüllt, daß gegen den Kapitalismus gepredigt wird, sondern dadurch, daß die Kirche dem hungernden Volke wieder das lebendige Brot gibt. Aber überall, wo das der Fall ist, und auch in der Zukunft der Fall sein wird, kämpft man mit offenen Waffen gegen alle Ungerechtigkeit für das Recht der Armen und Entrechteten, eben weil man dann ja die Sünde ganz ernst nimmt und dadurch von Christus geöffnete Augen für alles hat, was Teufelswerk in der Welt ist. Aber wohlgerichtet vom Evangelium, nicht von der Politik her, nicht von außen, sondern von innen heraus.

Und wenn dann unter diesen Voraussetzungen dennoch Menschen zur Gottlosenbewegung getrieben werden, nun, dann ist das noch lange kein Beweis für die Schuld der Kirche; denn auch heute noch ist der Glaube nicht jedermanns Ding, und auch heute noch ist das Kreuz und die Predigt vom Kreuz vielen, ja, wohl den meisten Menschen, ein Vergnügen. Aber da sind eben dämonische Kräfte am Werk, das ist eben Satanswerk. Wer das nicht einsieht, dem ist nicht zu helfen.

Aber damit ist eben doch nicht alles gesagt. Die Gottlosenbewegung ist zwar Satanswerk, aber auf der anderen Seite eine Anklage an uns Christen, wohlbedenkt, an uns Christen, nicht an die Kirche; denn wir Christen sind die Kirche. Keiner von uns kann sich hier ausheimen, wir alle tragen Schuld daran, wir alle sind angeklagt. Wir können uns nicht um die Verantwortung drücken, wir können uns nicht abseits hinstellen und von der Kirche als von einer Sache reden, die uns gegenüber steht. Wir stehen vielmehr mit beiden Füßen in dieser Kirche drin, wir Getauften. Und angeklagt werden wir durch die Gottlosenbewegung, daß wir nicht das gewesen sind, was man von uns erwartet hat, und daß wir auch jetzt noch nicht sind, was wir sein sollen. Wir singen fromme Lieder und trachten doch immer wieder danach, den Menschen zu gefallen, wir lesen in der Bibel und unser Herz ist doch ach, so oft, kalt und lieblos gegen unsere Mitmenschen, wir hören Gottes Wort in der Kirche und doch läßt unser Lebenswandel noch so viel zu wünschen übrig. Deshalb ist die Gottlosenbewegung eine Anklage an uns, ein Stachel, der uns bleiben muß, obgleich wir es trotz aller Sünde und trotz aller Schuld unseres Lebens doch immer wieder erfahren dürfen, daß wir zwar einem ernststen Gott dienen, der einmal Rechenschaft fordert über unser ganzes Leben, aber auch einen gnädigen Heiland haben, der uns so annimmt, wie wir sind.

Diese frohe Erkenntnis gibt mir als jungem Pfarrer den Mut, das Evangelium zu verkündigen, diese frohe Erkenntnis gibt mir die freudige Gewißheit, daß Gottes Wort nicht leer zurückkommt, auch dem Gottlosen gegenüber, dem ich ein Wort der Ewigkeit sagen darf.

Deshalb sage ich nicht: Satanswerk oder eigene Schuld?, sondern: Eigene Schuld und Satanswerk! Und ich stelle die eigene Schuld mit Bewußtsein an den Anfang als ein ernstes Mahner für mein Leben, immer mehr darum zu ringen, ein treuer Jünger meines Heilandes zu sein, obgleich ich nicht die Augen davor verschließen kann und auch nicht verschließen brauche, daß in der Gottlosenbewegung der Teufel am Werk ist.

Hanns Hemmes.

Arbeitsdienst.

Müde und träge wandert die deutsche Jugend der Großstadt, der Kleinstadt, ja, sogar die Jugend vom Lande den Arbeitsämtern zu, um monatelang, ja sogar jahrelang, nach Arbeit zu fragen. Arbeit, ja, Arbeit, bekommt man heute welche? Nein.

Mancher deutsche Junge geht in die Fremde, um da sein Glück zu suchen; aber in der Fremde findet er sein Glück auch nicht. Überall wird er als lästiger Europäer wieder abgeschoben. Müde und trostlos wendet er sich dem Heimatlande wieder zu. Zu Hause angelangt, geht das trübe Leben wieder weiter, bis endlich ein Rundschreiben von Bethel bei Bielefeld durch so ziemlich alle größeren deutschen Zeitungen geht mit dem Aufruf an die deutsche Jugend, sich zum freiwilligen Arbeitsdienst im Lager Staumühle zu melden. Was ist denn nun freiwilliger Arbeitsdienst? Es ist das Mittel, um die deutsche Jugend wieder einmal von der Straße zu bekommen. Es werden 17- bis 22-jährige gerufen. Da fragt mancher: Es ist doch nirgends Arbeit zu bekommen, und die wollen uns Arbeit und Brot geben? Wie geht denn das wohl zu? Ja, hier in Staumühle liegt in der Sonne viel, viel Heide brach; und das soll unsere Arbeit sein, diese Heide urbar zu machen, bzw. zu kultivieren. Wie wohl alle wissen, ist Staumühle ein früheres Militärlager. Und in den leerstehenden Baracken werden wir untergebracht. Von diesen Baracken geht es morgens kolonnenweise mit vielen Kameraden in die Heide, um da die fröhliche Arbeit zu verrichten. Ein jeder, der arbeitswillig ist, kann diese Arbeit verrichten. Es werden am Tag 8 Stunden fröhlich geschafft. Für diese 8 Stunden fröhliche Arbeit erhält jeder eine sehr gute Verpflegung und ein Taschengeld von 45 Pfg. im Tag. Der Dienst wird im evangelischen Lager rein evangelisch gehalten und im katholischen rein katholisch. Man ist im Lager keineswegs unter eine Zwangsroute gestellt in bezug auf persönliche Bedürfnisse, nur Alkohol wird nicht geduldet. Kann man nicht auf solche Art den Eltern wieder vom Tisch kommen?

Vorläufig steckt die ganze Sache noch in den Kinderschuhen. Denn die Arbeit ist pauschal auf 20 Wochen festgesetzt, und aus diesen 20 Wochen fröhlicher Arbeit zieht der deutsche Staat seine Schlüsse, ob der Arbeitsdienst

Hat es wirklich keine Großmannsucht in Deutschland gegeben?

Von Pfarrer Lic. Schmidt-Westfalen, M. d. R.

Herr W. Weber bezieht sich in einem Artikel: „Ist der deutsche Lebensstandard zu hoch?“ in der Nummer 295 des Aufwärts auf eine angebliche Aeußerung, die ich in einer Dortmunder Rundgebung des Volksdienstes getan haben soll. Ich soll gesagt haben, das deutsche Volk habe in den Jahren nach dem Kriege in Saus und Braus gelebt. Es ist mir natürlich nicht möglich, mich an den genauen Wortlaut meiner Ausführungen zu erinnern, denn die Dortmunder Versammlung war eine von mehr als hundert, die ich im Laufe des letzten Jahres für meine politische Bewegung gehalten habe. Jedenfalls ist es ausgeschlossen, daß ich im Wortlaut oder dem Gedanken nach zum Ausdruck gebracht hätte, daß die breiten Schichten des deutschen Volkes nach dem Kriege in Saus und Braus gelebt hätten. Dieser Eindruck soll durch den Artikel erweckt werden. Als Arbeiterpfarrer und als Führer einer bewußt sozial eingestellten polit. Bewegung empfinde ich solche Unterstellung als beleidigende Verdächtigung. Ich bin über den Lebensstandard der breiten Schichten unseres Volkes mindestens so gut unterrichtet, wie Herr W. Weber oder irgendein anderer. Wer seit 5 Jahren einen ausgesprochenen Glanzbezirk einer Industriestadt als Pfarrer betreut, und wer früher eine Bergarbeiterkolonie als Pfarrbezirk hatte, ist gegen den Vorwurf geschützt, als ob er von der Not des Volkes nichts wüßte. Die Not meiner Arbeiterbrüder legt sich wie ein Raureis über mein eigenes Lebensglück. Man kann schlechterdings nichts Unzutreffenderes über mich sagen, als daß es mir zu empfehlen sei, mir einmal die Not der „Proleten“ in den Großstädten anzusehen. Auch der Hinweis auf das Lebensniveau eines deutschen Reichstagsabgeordneten ist zum mindesten überflüssig. Ich habe das Lebensniveau eines deutschen Pfarrhauses mit fünf Kindern. Was ich als Reichstagsabgeordneter beziehe, kommt direkt oder indirekt meiner politischen Bewegung zugute, oder wird zum Lebensunterhalt in Berlin oder auf den Vortragsreisen verwandt. Wenn Herr Weber die Notwendigkeit eines größeren und schnelleren Geldumlaufes darlegen wollte, konnte er das auch, ohne mich in bezug auf meine soziale Einstellung zu verdächtigen.

Was ich in Dortmund und an Hunderten anderen Stellen behauptet habe, bleibt allerdings als Wahrheit bestehen: Wir haben in Deutschland in einer Verschwendungsspielfase gelebt. Wir haben mit den bitteren Folgen eines verlorenen Krieges nicht ernst gemacht. Wir haben in der Inflation unser Volk ausgeplündert und ihm dann durch die Pumpwirtschaft einen Würgegriff um den Hals gelegt, mit dem jetzt unsere äußeren Feinde den deutschen Freiheitswillen abzdrosseln trachten. Ja, wohl, wir haben über unsere Verhältnisse gelebt! Muß man das denn wirklich noch beweisen? Herr W. Weber schreibt doch selbst von den Tausenden von Ungleichheiten, die Stadtverwaltungen und viele andere Stellen sich geleistet haben. Und diese Ungleichheiten sind die Verfehlungen des deutschen Volkes.

1931/32 Dieses Jahr kein Katarth wenn Du dich nicht nimmst

allgemein für Jugendliche durchgeführt werden soll, oder ob man diese gute Sache wieder fallen lassen muß. Es wäre aber doch zu wünschen, daß unsere 1½ bis 2 Millionen hektar Ödland auf diese Weise urbar gemacht werden, und damit wäre Tausenden und aber Tausenden deutschen Siedlern die Gelegenheit zu Brot und Arbeit gegeben. Wäre hiermit nicht ein kleiner Schritt gezeigt zum Wiederaufbau unseres geliebten Vaterlandes? Ich denke hier an einen Spruch, den unser Hausvater morgens nach dem Kaffeetrinken sagt: „Auf zur fröhlichen Arbeit“. Diese hier gesagten Worte müßten nicht nur denen gelten, die hier schon sind in der Staumühle, sondern es müßte der ganzen deutschen Jugend gelten; also: Auf zur fröhlichen Arbeit!

Anfragen über den freiwilligen Arbeitsdienst sind zu richten an: Pastor Stratenwerth, Bethel bei Bielefeld.

Ein Dienstwilliger.

Gladerfeuer.

Schizze von Georg Büchmann.

Auf Mellum-Plate sprang die Brandung himmelhoch. Nordwest peitschte das Wasser in das breite Mündungsdelta von Jade und Weser. Auf den Sänden und Platan an den gefährlichen Flanken des Schiffsahrtsweges brüllten die Grundseen und zeigten gestätigt mit Sand und Muscheln bössartig ihre schweren Brecher. Wer hierher geriet, war erledigt. Das wußte auch Jerk Onken, der mit seiner Tjalk, steifvoll gepackt mit Koppsteinen, unter hart gereifter Fock und knallend steifer Schoot vor Wind und See hineinlenzte in die Jade. Wangerooes Häuserblocks schwammen steuerbords schemenhaft in der muscheligen Kimm. Hinter der bleigrauen Wolkendecke des Dezemberhimmels flammte purpurn alle Augenblicke wie der bluttrübe Striemen eines Peitschenhiebes der sinkende Tag. Die Dämmerung kroch schnell über das wilde Wasser.

Der Schiffer hielt die Pinne eifern unterm Arm geklemmt. Mit dem ganzen Gewicht seines stämmigen Körpers legte er sich hart gegen das Holz, wenn die Tjalk unter dem Einfluß der immer grober und höher achterlich auflaufenden See aus dem Ruder zu schären versuchte. Schon facten die flammenden Feuer des Aufjades-Feuerschiffes achteraus in die Kimm. Schon blie-

find unsere Verfehlungen. Wir Volksdienstanhänger jedenfalls verschmähen es, immer von den Verfehlungen zu sprechen, die andere auf sich geladen haben. Schuld im deutschen Volke ist Schuld des deutschen Volkes. Schuld deutscher Menschen ist unsere Schuld! Mit solcher leidenschaftlichen Hingabe hängen wir an der deutschen Nation, daß Volksgemeinschaft, Leidensgemeinschaft, Schuldgemeinschaft zu einer unlöslichen Einheit werden. Das „Einer trage des anderen Last“ aus dem Galaterbrief verpflichtet zu einer Gemeinschaft von wesenhafter Tiefe.

Ich habe keine Veranlassung, unser heutiges Geld- oder gar Wirtschaftssystem zu verteidigen. Da mag zum Teil des deutschen Volkes manches sich wandeln. Aber eins ist mir allerdings klar, daß der deutsche Wiederaufstieg auf das engste mit dem deutschen Sparwillen zusammenhängt. Kein irgendwie geartetes System staatspolitischer, wirtschaftspolitischer oder finanzpolitischer Art wird die Tatsache beiseite schieben können, daß es nur durch Opfer zur Freiheit geht, durch Einschränkung und Sparmaßnahmen. Und kein System, welches es auch sei, wird ein Sparen erfinden können, das man nicht spürt. Doch daran sollten alle mitarbeiten, die ihr Volk lieb haben, daß Maßnahmen getroffen werden, die verhindern, daß man mit dem Sparen bei der breiten Masse des Volkes beginnt und auch dort aufhört. Ein Mensch, der kein Mandatsjäger ist, sondern auch in der Politik ein ehrlicher Mensch bleiben möchte, wird allerdings auch den wertaktigen Schichten nicht den Lebensstandard von 1913 versprechen können, doch er wird nicht aufhören, sich zum Kerger mancher Kreise, die davon nichts wissen wollen, immer wieder dafür einzusetzen, daß den stärksten Schultern auch die größten Lasten aufgelegt werden.

Zur Sache „Frau M. Ludendorff“.

Von der Bielefelder Kampfgruppe des Tannenbergs-Bundes sind zwei ausführliche Entgegnungen auf die den Tannenbergs-Bund betr. Artikel von Rekt. Ley und P. Wilm eingegangen, auf deren vollständige Wiedergabe wir verzichten müssen. Wir stellen zu der ersten Entgegnung gern fest, daß Frau M. Ludendorff durch das Mißverständnis einer Stelle in einer Schrift von v. d. Bergh auf die Annahme des Todes von M. Seydel kommen konnte. Mit Bedauern nehmen wir aber aus derselben Entgegnung wahr, daß Frau M. L. weiter bei ihrer inzwischen auch von Fachgelehrten widerlegten, unmöglichen Behauptung verharret, daß der wesentliche Teil der Evangelien aus indischen Quellen abgeschrieben sei.

Zu der Entgegnung auf den Artikel von P. Wilm schreibt uns dieser selbst: „Die Entgegnung enthält abgesehen von der Behauptung daß er in seinem Artikel über die Tannenberger das Wort: „Liebet eure Feinde“ nicht befolge, kein Wort zu dem von mir ausgeführt, sondern beschäftigt sich im allgemeinen mit den Zielen des Bundes und anderen Gegnern desselben. Zu dem Vorwurf, die mangelnde Feindesliebe betreffend, nur das Eine: Wenn unser Herr sagt: Liebet eure Feinde, so meint er damit nicht: Liebet die Irrtümer der Feinde, sondern streitet wider diese Irrtümer mit demselben Ernst, mit dem Ihr gegen die Irrtümer im eigenen Herzen oder im eigenen Lager streiten müßet. Eine schwächliche Liebe, die nicht wagt, die Wahrheit zu sagen, würde dasselbe wirken wie der Haß, sie würde dem Feinde Schaden bringen, statt ihm zu helfen.“

Die Schriftleitung.

ben die geisterhaft leuchtenden Grundseen von Jade-Plate und Minsener Sand zurück und steuerbords kam freundlich blinkend das Feuer von Schilling durch. Da hob sich eine Wasserwand schwarz und dräuend im milchigen Kiellwasser der Tjalk. Jerk Onken fühlte es instinktiv, wie sie näher sich heranschob. Sein Körper straffte sich zu einer einzigen Sehne. Und dann fühlte er in grimmig verbissener Wut den Kopf des Brechers fast über sich stehen. Nur schwerfällig konnte die „Ora et Labora“ mit ihrem Balg voller Steine ihr plummes Gatt vor dem anstürmenden Wasserberg küssen. Mit voller Wucht wälzte sich der Schwall gegen das ungeschützte Ruderblatt. Das krachte in den kupfernen Fingerlingen und barst. Ein böser Fluch murzte zwischen den Zähnen des Schiffers. Tot war das Holz in seinem Arm. Die Tjalk ging jetzt ihren eigenen Weg und zwar rechtweisend auf den breiten Sandlappen der alten Mellum. „Fock dal“ brüllte Onken. — Das braune Tuch wamste ein paar mal, ließ die Schoot mit schwerem Block gefährlich knallen und wurde dann vom Westmann gebändigt. Rasselnd folgte die Kette dem Anker an den muddigen Grund und für Augenblicke legte die Tjalk ihren wulstigen Kopf auf die See und ritt vor langer Kette. Aber dann machte eine gräßliche Grundsee auch aus diesem letzten Notmanöver Spielwerk. Mit jähem Ruck warf sich der Kopf des Fahrzeuges hoch, klirrend sprang die Kette, knallend schlug ihr kurzer Tamp an Deck. Die „Ora et Labora“ trieb erneut, trieb hastig. Schon brüllte die Brandung näher. Gepensstisch leuchteten ihre Brecher, hart schürte es unter dem schweren Kiel. Dann ein Stoß, ein fürchterlicher, und dann legte das Fahrzeug auf harten Grund und mit wildem Schwall stieg die grüne See an Deck.

Schiff in Not! In der Hand schwenkte der Schiffer die lodernde Fackel. Aus Petroleum, Öl und Twist rief der Sturm gelbrot die Flammen. — Gladerfeuer. — Aber da zuckte steuerbords, wo die Lichter von Horumerfiel blinkerten, ein feuriger Strahl auf. Sprühend nimmt die Rakete am schwarzen Sturmhimmel ihren Weg zum Zenit, dort endend mit leisem Knall in weißer, blendend leuchtender Kugel, die sich langsam zu den Wässern senkt. Geisterhaft flirrt ihr Schein für Sekunden über die Brecher, über den schwarzen Rumpf der Tjalk. — Das Bligknallsignal. — Die Antwort der Retter von der Station Horumerfiel der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger: Wir kommen!

Deutsche Krise lähmt die Welt.

Schluß mit den Tributern!

— Berlin, 28. Dezember.

Das Gutachten des Beratenden Sonderausschusses der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, aus dem die neue Reparationskonferenz der Regierungen Mitte Januar die praktischen Schlussfolgerungen ziehen soll, enthält eine eindrucksvolle Feststellung der deutschen Wirtschaftsnote und hebt ebenso deutlich die katastrophalen Rückwirkungen hervor, die die deutsche Krise auf die übrige Welt gehabt hat und wenn nichts geschieht, noch haben wird. Der in diesem Zusammenhang gemachte Hinweis auf die heilige Krise als Vorbote einer noch größeren, muß daher endlich die Verantwortlichen wach rütteln und Entschlüsse zeitigen, die längst hätten gefaßt sein müssen.

Betrachtet man den Bericht, der 24 Seiten umfaßt und dem zahlreiche Anlagen über die Arbeiten der Unterausschüsse, den Reichshaushalt und die Reichsbahn angehängt sind, in seinen Grundzügen, dann stellt sich sehr bald heraus, daß das Gutachten ein in wochenlangen, schwierigen Kämpfen zustandekommendes Kompromiß darstellt. Im Verlaufe dieser Verhandlungen stand der deutsche Hauptdelegierte in seiner Auffassung mehrfach allein. In anderen Fragen wieder wurde der deutsche Delegierte durch die Abordnungen Englands, Italiens und der neutralen Länder unterstützt. Immer aber, sobald es um entscheidende Formulierungen ging, floßen die Auffassungen Deutschlands und Frankreichs schroff auseinander, so daß das Zustandekommen eines einheitlichen Berichts mehrfach als ausgeschlossen galt.

Im Rahmen umfangreicher Einzelbegründungen und Geheimhaltungen dramatischen Verlaufes gelang es dann schließlich doch noch, die Einigung über den Gesamttext herbeizuführen. Der Bericht trägt nunmehr die Unterschriften folgender Persönlichkeiten: Beneduce (Italien), Melchior (Frankreich), Layton (Großbritannien), Rist (Frankreich), Francqui (Belgien), Colijn (Holland), Rindbeck (Schweden), Bindschedler (Schweiz), Djuritsch (Jugoslawien), Nogara (Japan).

Der bedeutendste Teil des ganzen Gutachtens ist das Kapitel 4 mit seinen Schlussfolgerungen, in denen ausdrücklich festgestellt wird, daß Deutschland den nach dem Youngplan aufschiebenden Teil der Reparationen auch nach Ablauf des Hooverjahres am 30. Juni 1932 nicht in fremder Währung überführen kann. Aber ebenso ist Deutschland nach unserer ehrlichen Überzeugung auch nicht in der Lage, nach dem 30. Juni 1932 etwa die „nichtaufschiebenden“ Teile der Reparationen zu zahlen.

Die Entscheidung über diese grundlegende Frage von höchster politischer Bedeutung ist auch nach der Gutachterkonferenz in Basel offengeblieben und den Regierungen vorbehalten worden, die nunmehr das letzte Wort über die Lösung der Tributkrise zu sprechen haben.

Eine Stütze erfährt der deutsche Standpunkt durch das Gutachten von Basel in der Feststellung, daß die Voraussetzungen, von denen man bei der Annahme des Youngplans ausgegangen ist, heute völlig überholt und das Gegenteil von dem eingetreten ist, was damals von den Sachverständigen als sicher angenommen wurde. Damit wird der völlige Zusammenbruch des Youngplans bestätigt! Kernsätze sind die Feststellungen, daß das deutsche Problem in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt ist, und daß die Krise einen derartig gewaltigen Umfang angenommen hat, daß unvermeidlich eine Katastrophe eintreten müsse, wenn nicht sofort Maßnahmen ergriffen werden, die ausschließlich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgehen, somit also niemals von politischen Gesichtspunkten diktiert sein dürfen.

So begründet werden alle diese Feststellungen, so gehen doch die Schlussfolgerungen der Gutachter nicht weit genug. So ist u. a. dem französischen Standpunkt insofern Rechnung getragen worden, als in den Schlussfolgerungen darauf hingewiesen wird, daß eine vollständige Befreiung Deutschlands für das Gläubigerland (somit für Frankreich) eine „kaum zu tragende Last darstellen würde.“ Aber viel wichtiger ist noch, daß es sich jetzt nicht mehr um die „Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden (der Reparationen und der Kriegsschulden), an den Zustand, den die Wirtschaftskrise hervorgerufen hat“ — wie es im Baseler Bericht heißt — handelt, sondern der Kampf geht um die endgültige Lösung, um die Befreiung der Welt von dem doppelten Joch der Tribute. Und da hilft keine Anpassung der Tributverträge, sondern nur die radikale Streichung der Reparationen. Das deutsche Volk bestreitet jede Verpflichtung zu weiteren Tributlasten, und ebenso sind die Reparationen wirtschaftlich erledigt, weil die Welt weder bereit noch fähig ist, den bei Tributleistungen notwendigen Export Deutschlands aufzunehmen.

Leider haben sich die Baseler Sachverständigen in ihrem Gutachten zu dieser Auffassung noch nicht bekannt. Sie spekulieren noch auf eine grundsätzliche Änderung der Lage durch eine spätere Besserung der deutschen Verhältnisse, durch die die Reparationsfähigkeit des Reiches wenigstens zu einem Teile wiederhergestellt wird. Offenbar hat man hier und da auch bereits ganz bestimmte Pläne für diesen Fall. So ist es kein Geheimnis, daß die Franzosen die Ansicht vertreten, selbst wenn das Reich für die Dauer reparationsunfähig bleiben sollte, dann sei doch noch die Reichsbahn da.

Es ist jetzt die Aufgabe der deutschen Politik, derartige Pläne gleich im Anfang unmöglich zu machen, damit nicht durch nochmalige Experimente eine zweite Reparationskrise mit all ihren Verheerungen losgelöst wird.

Nach Unterzeichnung des Schlussberichts des Beratenden Sonderausschusses der BIZ, haben die Delegierten sogleich Basel verlassen. Der Bericht selbst geht jetzt den beteiligten Regierungen zu. Er besteht, wie bereits gemeldet, aus vier Kapiteln und verschiedenen Anlagen.

Zum bedeutendsten sind

die Schlussfolgerungen,

die das Kapitel 4 enthält. Nach dem inzwischen veröffentlichten Wortlaut lauten sie im wesentlichen:

Es ergibt sich ohne weiteres, daß Deutschland berechtigt wäre, gemäß seinen Rechten auf Grund des Youngplans zu erklären, daß es trotz der Schritte, die es zur Aufrechterhaltung der Stabilität seiner Währung unternommen hat, nicht in der Lage sein wird, in dem im nächsten Juli beginnenden Jahre den geschätzten Teil seiner Annuität zu transferieren.

Der Ausschuss würde jedoch seine Aufgabe nicht vollständig erfüllt haben, wenn er es unterließe, die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die beispiellose Schwere der Krise zu lenken,

deren Ausmaß zweifellos über die vom Youngplan ins Auge gefaßte „verhältnismäßig kurze Depression“ hinausgeht, zu deren Behebung die „Sicherungsmaßnahmen“ bestimmt waren.

Der Youngplan mit seiner ansteigenden Annuitätenreihe rechnete mit einer stetigen Ausdehnung des Welthandels, nicht nur dem Umfang, sondern auch dem Werte nach, innerhalb deren die von Deutschland zu zahlenden Annuitäten ein Faktor von abnehmender Bedeutung werden würden. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten.

Seit dem Inkrafttreten des Youngplans ist nicht nur der Umfang des Welthandels zusammengeschrunken, sondern das außerordentliche Fallen der Goldpreise in den letzten zwei Jahren hat einerseits erheblich die tatsächliche Last nicht nur der deutschen Annuitäten, sondern aller in Gold festgesetzten Zahlungen erhöht.

Unter diesen Umständen erfordert das deutsche Problem, das in weitem Maße für die wachsende finanzielle Lähmung der Welt die Ursache ist, ein gemeinsames Handeln, das nur von den Regierungen ausgehen kann.

Aber das Problem hat eine weltweite Bedeutung angenommen. Wir können für die Friedenszeit an keine Parallele erinnern zu der jetzt eingetretenen Zerrüttung, die eine tiefgehende Veränderung in den wirtschaftlichen Beziehungen der Nationen untereinander bedeuten kann. Es ist dringend notwendig zu handeln, und zwar in viel größerem Maßstab als er allein für Deutschland anzuwenden wäre.

Die wirtschaftliche Verflochtenheit der verschiedenen Länder der Welt, wie sie heute besteht, bedarf keines weiteren Beweises; die letzten Jahre haben sie in schlagendster Weise verdeutlicht. Seit dem Juli dieses Jahres liegt es zum Beispiel klar zu Tage, daß die Krise, von der Deutschland überwältigt worden ist, bebohen werden muß, wenn sie nicht auf das übrige Europa übergreifen, das so mühsam aufgebaute Kreditstilleman zerstören und tiefgehende Rückwirkungen in anderen Teilen der Welt hervorrufen soll.

Das von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich auf Ersuchen der Londoner Konferenz eingesetzte Komitee hat diese Lage in seinem Bericht vom 18. August d. J. dargestellt und eine außerordentlich ernste Warnung ausgesprochen. Es wies darauf hin, daß zur Vermeidung von Katastrophen vor Ablauf der Stillhalterfrist am 29. Februar 1932 sofort Schritte von den Regierungen unternommen werden müßten.

Aber die Ereignisse haben nicht gewartet. Das Jahr 1931 ist noch nicht zu Ende, und schon hat die Krise fürchterliche Ausmaße angenommen. Der Austauschverkehr vieler Länder ist nach und nach zerrüttet worden, und es haben sich Schwierigkeiten gehäuft, die, wenn nichts weiter geschieht, sich nur als die Vorboten weiterer Katastrophen erweisen würden. Die Arbeitslosigkeit hat zugenommen, die Börsen bleiben geschlossen, das Wirtschaftsleben quält sich auf einem sehr niedrigen Stande dahin angesichts der Kreditbeschränkungen, der strengen Währungskontrolle und der lähmenden Einschränkungen des internationalen Handels. Langsam machen sich die Folgen der Schrumpfung des Wirtschaftslebens in einem Land nach dem anderen fühlbar.

Dieser Stand der Dinge wird kompliziert durch die Rückwirkung der wirtschaftlichen Angelegenheiten auf die politische Lage und umgekehrt. Der wirtschaftliche Niedergang, der in den letzten zwei Jahren eingetreten ist, und die zunehmende Not, die er mit sich gebracht hat, haben eine allgemeine politische Ungeheuerlichkeit hervorgerufen, unter der die geistige Welt mehr und mehr leidet. In gleicher Weise ist politische Erwägungen oft ein Einfluß auf die Behandlung von Wirtschaftsproblemen durch die Regierungen eingeräumt worden. Dadurch wurden die Regierungen verhindert, diese Probleme im wahren Lichte zu sehen und sie sachlich zu behandeln.

Wenn die Regierungen zur Prüfung des gesamten mit dem Gegenstand des vorliegenden Berichtes zusammenhängenden Fragekomplexes kommen, so werden sie viele für diese verwinkelten Probleme erhebliche Dinge zu berücksichtigen haben. Probleme, die nur in Übereinstimmung mit wirtschaftlichen Tatsachen gelöst werden können.

In diesem Zusammenhang erscheinen uns gewisse Betrachtungen von großer Bedeutung. Zunächst die, daß Transferierungen von einem Lande zum anderen in einem solchen Maßstab, daß die Zahlungsbilanz erschüttert wird, das augenblickliche Chaos nur noch verschärfen können.

Es sollte auch in Betracht gezogen werden, daß die Befreiung eines Schuldnerlandes von einer Zahlungslast, die es nicht tragen kann, lediglich die Wirkung haben kann, daß diese Last auf ein Gläubigerland gewälzt wird, das in seiner Eigenschaft als Schuldner seinerseits nicht in der Lage ist, sie zu tragen.

Die Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden (Reparationen und andere Kriegsschulden) an die gegenwärtige zerrüttete Lage der Welt, eine Anpassung, die unverzüglich erfolgen muß, wenn neue Katastrophen vermieden werden sollen, ist der einzige Schritt von Dauer, der das Vertrauen, das die Voraussetzung der wirtschaftlichen Stabilität und des wirklichen Friedens ist, wiederherstellen kann.

Endlich sind, obwohl die deutsche Regierung die Stabilität ihrer Währung energisch verteidigt, Schritte notwendig, um diesen Maßnahmen dauernde Wirkung zu sichern.

Die europäischen Regierungen haben in den letzten Jahren große Anstrengungen gemacht, um nach dem Unheil des Krieges und der Nachkriegsinflation die Stabilität der Währungen wiederherzustellen. Die Zerstörung dieses Wertes würde einen äußerst bedenklichen folgenreichen Rückschlag bedeuten. Die Aufrechterhaltung der Stabilität der deutschen Währung ebenso wie der Währung jeder Schuldnation kann in die größte Gefahr gebracht werden, wenn das Vertrauen der Anlageguthaben schwindet.

Wir appellieren an die Regierungen, auf denen die Verantwortung für das Handeln ruht, ungekürzt zu Entscheidungen zu kommen, die eine Besserung dieser ernsten Krise, die auf allen gleich schwer lastet, herbeiführen werden.

Das Echo.

Das Gutachten der Sachverständigen über die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands hat in der gesamten Welt-

presse stärkste Beachtung gefunden. Allgemein, auch von der französischen Presse, wird anerkannt, daß der einstimmig angenommene Bericht eine wirtschaftliche Arbeit ersten Ranges darstellt, die von großem dokumentarischen Wert wäre.

Die Londoner Blätter

Heben die Hinweise auf die deutsche Finanzlage, auf den Ernst und die Dringlichkeit der Krise und auf ihren Zusammenhang mit der Reparations- und Schuldfrage hervor. Dabei weisen sie verschiedentlich auf die Mängel und Lücken des Baseler Berichts hin, die auf die Haltung der Franzosen zurückgeführt werden.

So äußert der Korrespondent der „Morning Post“, in dem Bericht seien Empfehlungen zur Erleichterung der Krise in Deutschland nicht zu finden. Er werde von der Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses als sehr unbedeutend betrachtet. „Financial Times“ sagt: Die Tatsache, daß der Ausschuss es unterlassen hat, bestimmte Empfehlungen zu machen, hat Enttäuschung verursacht, weil dadurch die Aufgabe der internationalen Konferenz erschwert wird. — Die „Times“ weist darauf hin, daß der Bericht nur von Deutschlands Unfähigkeit spreche, die geschätzte Annuität zu bezahlen, er gebe aber einen unverkennbaren Wink, daß die Zahlung der ungeklärten Annuitäten angesichts der Schwere der Krise unerwünscht sei. Die Umstände erweisen sich als stärker als die Vorzüge, meint die „Times“ noch, und jetzt scheinen alle Umstände sich verschworen zu haben, die Welt zu einer gemeinsamen Anstrengung zu zwingen.

Die französische Presse

war in ihrem Urteil zunächst zurückhaltend. Eine eingehendere Würdigung veröffentlicht der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ und will die Deutschland zu bewilligenden Erleichterungen zeitlich begrenzen. Der Sachverständigenausschuss verurteilt aber offenbar, die Regierungen zu weiteren Maßnahmen zu bestimmen. Dieses distinkte Plädoyer zu Gunsten eines längeren Moratoriums als das Young-Plan-Moratorium bilde das Augenmerk, das der französische Delegierte mit dem deutschen Delegierten Melchior dem englischen, dem schwedischen, dem holländischen und dem schweizerischen Delegierten gemacht habe.

Der Eindruck in Amerika

Die Reuter aus Washington meldet, lehnen die amtlichen Stellen jede Äußerung zum Baseler Sachverständigenbericht ab; man könne aber sagen, daß die Feststellungen des Ausschusses keine besonderen Überraschungen hervorgerufen haben. Im allgemeinen vertritt man den Standpunkt, daß den nächsten Schritt Europa tun müsse, wobei es sich voraussichtlich um die Einberufung einer allgemeinen Reparationskonferenz handeln werde. Man zweifle jedoch, ob Amerika daran teilnehmen werde.

Vier Feststellungen Deutschlands

Brüning und Dietrich über Basel. — „Was Parter Gilbert an Weltmeinung gegen uns geschaffen hat, ist beiseite gelassen.“

— Berlin, 28. Dezember.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dietrich legten anlässlich eines Presseempfanges kurz die Stellungnahme Deutschlands zu dem Baseler Bericht dar.

Reichsfinanzminister Dietrich wies einleitend darauf hin, daß die Reichsregierung schon in ihrem Antrag auf Einberufung des Ausschusses zum Ausdruck gebracht habe, daß die im Youngplan vorgesehenen Mittel zur Bekämpfung der Krise nicht ausreichten. Wie sehr überdies das Ausland selbst die deutsche Leistungsfähigkeit überschätzt habe, zeige der Umstand, daß uns das Ausland so viel Geld geliehen habe.

Zum Bericht des Baseler Ausschusses werde man deutscherseits folgendes feststellen dürfen:

1. Der Neue Plan ist überholt. Er ist von Voraussetzungen ausgegangen, die nicht eingetreten sind.
2. Diese Voraussetzungen sind in entscheidenden Punkten von den Staaten, mit denen Deutschland Handel treibt, zu denen vornehmlich die Vertragschließenden gehören, dadurch beseitigt worden, daß sie in ihrer Handelspolitik das Gegenteil von dem tun, was sie sinnergemäß nach dem Plan hätten tun müssen. Statt Deutschland die Zahlungen durch Einfuhr deutscher Waren, was die einzige Möglichkeit der Zahlung darstellt, zu gestatten, haben sie diese Zahlungen durch Zollserhöhung, Kontingents- und Einfuhrsperrn unmöglich gemacht.
3. Es ist ein Fall eingetreten, den der Neue Plan überhaupt nicht vorsah, und es sind deswegen Maßnahmen notwendig, die außerhalb der Möglichkeiten des Planes liegen, die nur von den Regierungen ergriffen werden können.
4. Werden solche Maßnahmen, die das Vertrauen wiederherstellen und die Voraussetzungen eines geordneten wirtschaftlichen Verkehrs neu schaffen, nicht getroffen, so sind die Folgen katastrophal für alle Wirtschaftsvölker Europas, aber auch für die überseeischen Länder.

Reichskanzler Dr. Brüning

sprach zunächst den deutschen Sachverständigen seinen Dank aus und wies dann darauf hin, daß der Baseler Bericht in Schärfe und Prägnanz einen Rückschritt bedeute gegenüber dem früheren Baseler Bericht.

Dies liege jedoch daran, daß die Aufgaben des Sonderausschusses durch den Youngplan eng begrenzt seien, so daß die Aufgabe ständig darin bestanden habe, die hier gegebenen Klappen zu umschiffen. Im Ergebnis müsse festgestellt werden, daß nichts verbaut worden sei, wie das insbesondere aus den Feststellungen des Teiles 4 hervorgehe, der den gegebenen Rahmen, wenn auch in vorsichtiger Form, zweifellos sprengte.

Wenn im Teil 2 festgestellt werde, daß Deutschland nach Ablauf der Krise wieder zahlungsfähig sei, so werde dies dadurch beschränkt, daß andererseits auch erklärt werde, daß die Prosperität nur durch die Annahme der Empfehlungen des vierten Teiles wiederkehren könne. Es sei somit gelungen, alles das, was Parter Gilbert an Weltmeinung gegen uns geschaffen habe, beiseite zu schieben. Im übrigen sei der gesamte Fragekomplex noch nicht erschöpft, da sich ja erst nach Abschluß der Stillhalterverhandlungen ein klares Bild gewinnen lassen werde, auf Grund dessen dann die Regierungskonferenz handeln könne.

Zu den Bemerkungen des Berichts über die Eisenbahn erklärte Dr. Brüning u. a., hier sei die Feststellung, daß die Reichsbahn wieder überflüssig abwerfen werde, „wenn“ normale Zustände wiederhergestellt seien, durch diese Einschränkung stark entwertet. Denn die Eisenbahnen in anderen Ländern würden in normalen Zeiten ja auch keinen besonderen Überschuß ab.

Mitgeheft tritt am 1. Januar in Kraft.

— Berlin, 28. Januar. Das Mitgeheft vom 30. Juli 1931 und die dazu gehörigen Verordnungen treten am 1. Januar in Kraft.

Politische Bluttat

am Heiligabend.

— Tüft, 27. Dezember. Am Weihnachtsheiligabend wurde in der Nähe des Dorfes Spucken, Kreis Niederung, der Nationalsozialist Kurt Kalladies von politischen Gegnern überfallen, gewürgt und schwer mißhandelt. Die Täter schleppten dann den Besinnungslosen auf den nahe gelegenen Eisenbahndamm, um einen Unglücksfall vorzutäuschen. Kalladies wurde von der Maschine des herannahenden Kleinbahnzuges erfasst und 25 Meter weit mitgeschleift. Man fand ihn mit einem abgerissenen Arm in seinem Blute liegend von. Er gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich und starb bald darauf. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Kommunisten-Aufbruch in Chile.

Etwa 20 Tote.

In einzelnen Teilen des südamerikanischen Staatslebens ist ein kommunistischer Aufbruch gegen die Regierung des Präsidenten Montero ausgebrochen. Im Verlaufe der Kämpfe mit den Aufständischen wurden etwa 20 Personen getötet und viele verwundet. In der Provinz Atacama kam es zu zwei regelrechten Schlachten, bei denen die Regierungstruppen siegreich waren.

Indien wieder in Gärung.

Blutige Zusammenstöße und Massenverhaftungen in Nordwest.

— London, 28. Dezember.

In England betrachtet man die Entwicklung in Indien wieder mit größter Besorgnis. Gerüchten zufolge haben britische Truppen auf indische Rothenden gefeuert und dabei acht Personen erschossen. An amtlicher Stelle liegen Meldungen über einen solchen Zwischenfall nicht vor. Tatsache ist aber, daß es bereits an verschiedenen Stellen wieder zu Zusammenstößen gekommen ist. Allein in den fünf Distrikten der indischen Nordwestprovinz wurden 500 Personen verhaftet. Auch der Präsident des Allindischen Kongresses, Pandit Nehru, wurde wieder festgenommen. Die Behörden haben durch Notstandsverordnungen außerordentlich weitgehende Vollmachten erhalten. Für die Zeit der Rückkehr Gandhis droht eine neue Krise.

Englisches Militär schießt auf 2000 Inder.

— London, 27. Dezember. Auf der Straße von Peshawar nach Vanim kam es zu einem neuen Zusammenstoß zwischen englischem Militär und 2000 Indern. Das Militär feuerte in die Menge. Die Zahl der Verwundeten ist noch nicht bekannt. In Peshawar sind 148 Personen in summarischem Gerichtsverfahren zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Jahresbilanz des Handwerks.

„Für das Handwerk waren die letzten zwölf Jahre eine einzige Enttäuschung.“

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks veröffentlicht einen Jahresrückblick, in dem es u. a. heißt:

„Die Lage des deutschen Handwerks im Jahre 1931 war sehr schlecht. Der Beschäftigungsgrad erreichte einen bisher noch nie gekannten Tiefstand. Ein schwerer Rückschlag trat wieder im Juli ein. So ging das Jahr zur Neige, ohne daß auch nur von der geringsten Besserung gesprochen werden konnte. Was dieser Rückgang im Handwerk für die gesamte Volkswirtschaft bedeutet, mag daraus hervorgehen, daß noch vor zwei Jahren rund 1,65 Millionen Menschen und Angestellte im Handwerk beschäftigt werden konnten, während heute diese Ziffer höchstens eine Million betragen dürfte.“

Die Löhne zeigten fallende Tendenz. Wenn auch die Berechtigung, ja Notwendigkeit hierzu in manchen Gruppen durchaus nicht bestritten werden kann, so wäre es doch verfehlt, nun in einem ungeheuren Lohnabbau das einzige Mittel zur Besserung unserer Notlage erblicken zu wollen. Eine solche Auffassung verkennet die nachteiligen Folgen für den Binnenmarkt, an dem das Handwerk mit etwa einem Drittel des Umsatzes beteiligt ist.

Eine gerechte Lösung dieser Frage dürfte in dem Ausgleich der sich widerstrebenden Meinungen liegen, wie denn auch das Handwerk als Ziel der Lohnpolitik weder ein zu hohes, noch ein zu niedriges Lohnniveau erstrebt. Schade, daß sich die letzte Notverordnung bei allem Mut nicht dazu aufraffen konnte, auch die so notwendige Reichs- und Verwaltungsreform in Angriff zu nehmen.

Knoblauchzwiebelkaffee

Ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen Arterienverfälschung und Hämorrhoiden, gut gegen Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Wässer, bei Zucker, Gicht, Rheumatismus und Asthma sehr zu empfehlen. Schon vor 3000 Jahren gebrauchten die orient. Völker den Knoblauchkaffee gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. Preis pro Flasche für ca. 4 Wochen reichend M. 3.50. Bei geschlossener Bestellung von 5 Flaschen liefere ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.

Otto Kadas, Bad Deynhausen 4.

Moderne

Augenoptik

H. Breder
BIELEFELD

Gütersloherstr. 14 / Fernr. 1012

Ein Rückblick auf das Jahr 1931 muß diese für das Handwerk als

das Jahr der unerfüllten Hoffnungen

erkennen lassen. Die vom Handwerk seit langem erstrebte grundsätzliche Wandlung der deutschen Wirtschaftspolitik konnte noch nicht erreicht werden. Für das Handwerk waren die letzten zwölf Jahre eine einzige Enttäuschung. Eine Besserung wird auch erst dann eintreten, wenn die Reichsregierung bei allen ihren Maßnahmen und bei der bislang beliebten zu weitgehenden Berücksichtigung der Kollektivkräfte des Kapitals und der Arbeit den gerechten Ausgleich für alle Glieder der Wirtschaft wiederfindet.

Protest der Landgemeinden.

Gegen die Bestimmungen der preussischen Notverordnung über die Kreiszusammenlegung.

Der Verband der Preussischen Landgemeinden protestiert in einer Entschließung gegen die dem preussischen Innenminister durch die Notverordnung gegebene Ermächtigung zur Verminderung der Zahl der Landkreise. Diese Ermächtigung widerspreche der amtlichen Erklärung, nach der eine Kreiszusammenlegung auf dem Wege der Ausschaltung des Landtags nicht erfolgen soll. Die Landgemeinden verweisen ferner darauf, daß sämtliche kommunalen Spitzenverbände sich gegen die Kreiszusammenlegung im Wege der Notverordnung ausgesprochen haben.

Die Senkung der Postgebühren.

— Berlin, 28. Dezember.

Zeitungsmeldungen zufolge sieht das Programm für die Senkung der Postgebühren u. a. vor, daß bei Paketen die Zustellungsgebühr von 20 Pfg. in allen Zonen auf 15 Pfg. herabgesetzt wird. Ferner können Empfänger die Pakete selbst abholen und damit die Zustellungsgebühr sparen. Im Fernsprechverkehr bleibe die Grundgebühr unangetastet, während die Gesprächsgebühr von 0,10 auf 0,09 RM herabgesetzt werde. Im Telegrammverkehr werde die Gebühr für ein Wort von 0,15 auf 0,12 RM herabgesetzt. Die Drucksachengebühr, die für 20 Gramm bisher 0,04 RM betrug, werde auf 0,03 RM herabgesetzt. Bei den Wurfungen (bisher 2 Pfg.) trete eine gestaffelte Herabsetzung ein.

Drei Tote bei einem Kraftwagenunglück.

— Liegnitz, 28. Dezember.

Auf der Heimfahrt vom Reiterfest in Belfau stürzte auf der Landstraße nach Nimkau ein mit fünf Personen besetzter Kraftwagen, wahrscheinlich infolge Übermüdung des Führers, in den Straßengraben und überschlug sich. Der Fahrer und Wagenbesitzer Suchanke und der Straßenmeister Geide, beide aus Nimkau, wurden aus dem Wagen geschleudert und blieben tot liegen. Die Schwägerin des Straßenmeisters, Frau Gabriel, kam unter den Wagenkrümern zu liegen und wurde dort erdrückt. Die beiden anderen Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Regierungspräsidenten werden eingespart.

— Berlin, 28. Dezember.

Wie über die Durchführung der preussischen Notverordnung verhandelt, werden die Oberpräsidenten Siehr-Königsberg, Fald-Wagdeburg, von Halfern-Stettin, Lüdemann-Breslau, Roske-Hannover, Gronow-Münster und Haß-Kassel auch die Regierungspräsidenten übernehmen. In Oberschlesien sind die Ämter des Ober- und des Regierungspräsidenten bereits in einer Hand vereinigt.

Universität niedergebrannt.

— Johannesburg, 28. Dezember.

In der Universität brach ein Feuer aus, durch das der Hauptteil des Gebäudes mit der Bibliothek zerstört wurde. Der größte Teil der 35 000 Bände umfassenden Bibliothek, darunter unerfessbare historische Dokumente, wurde ein Raub der Flammen. Der Gesamtschaden wird auf 2 800 000 Rand geschätzt.

Eisenbahnunglück bei Rom.

Drei Tote, zwanzig Verwundete.

— Rom, 27. Dezember. Am Sonntag nachmittag entgleiste auf der Strecke Rom-Viterbo bei Rignano, etwa 38 Kilometer nördlich von Rom ein Zug. Dabei wurden drei Personen getötet und etwa 20 verwundet. An die Unfallstelle sind sofort mehrere Sanitätsautos abgegangen.

Gemütl. Heim

und lieben. sorgf. Verpf. find. Dame, Herr, auch Ehepaar bei ländl. christl. Familie, in herrlicher, waldreicher Gegend. Pensionpreis 65.— M. monatlich. Näheres unter A 2139 durch die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Kindergärtnerin

sucht möglichst bald Arbeit in Heim oder Familie.

Margarete Gaedke, Potsdam, Albrechtstr. 9.

Reislose

Hühneraugenentfernung

durch

Schmerz laß nach

Tube 50 Pfg., 2 Tuben franko, Doppelfußbad dazu 40 Pfg.

Reformhaus Eden, Bielefeld, Neustädterstraße 8.

Postfachkonto: Hannover 65938.

Locarno-Monti

Südschweiz.

Christl. Erholungsheim Tabor.

An der neuen Straße Locarno-Monti Br. idyllisch, ruhiges, sonniges Heim in klimatischer vorzüglicher Höhenlage, bietet Ihnen Erholung an Leib und Seele und zugleich beste Gelegenheit, die Schönheiten des Südens kennen zu lernen. Hausandachten. Auf Wunsch Diätische. Eig. Auto. Prospekt; bescheidene Preise, das ganze Jahr offen.

W. Keller, Prediger.

Schwermütige, Verzagte, Erholungsbedürftige und solche, die in geistiger Not sind, finden freundliche Aufnahme zu mäßigen Preisen im

Erholungsheim

Haus Friedensruh

in Laufen-Eyach, O./A. Balingen (Würtbg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die Leitung des Hauses.

Gerechtigkeit und Gleichheit.

Kaiser-Rappell an die Welt. — „Groß ist die Verantwortung der Staatsführung.“

— Berlin, 28. Dezember.

Reichskanzler Dr. Brüning übergab dem Chefredakteur des Transocean-Nachrichtenbüros eine Botschaft, in der es u. a. heißt:

Die Sturmflut der Krise hat die Völker der ganzen Welt erfasst. Die Verwirrung, in die Krieg und Nachkriegszeit sie gestürzt haben, hatten im zu Ende gehenden Jahr die wirtschaftliche, finanzielle und soziale Not überall sehr bedrohlich anwachsen lassen.

Uzuhoß ist schließlich der Preis geworden, den die Völker für den Irrglauben zahlen müssen, daß jeder für sich allein die Krise lösen könnte. Aber immer stärker setzt sich jetzt die Erkenntnis durch, daß kein Land durch den Niedergang des anderen gewinnen kann, und daß eine Rettung aus dem drohenden Zusammenbruch aller in der Aufrichtung einer Interessengemeinschaft zu erblicken ist. An Stelle isolierter Betrachtung muß der Blick gerichtet werden auf das gemeinsame Weltproblem.

Dazu gehört der Wille zu internationaler Zusammenarbeit, die Bereitschaft zu weitsehender Friedens- und Verständigungspolitik.

Groß ist die Verantwortung der Staatsführung, wenn historische Augenblicke nicht benützt werden. Augenblicke, in denen Möglichkeiten gegeben sind, dem weiter rennenden Unheil Halt zu gebieten und Europa und die Welt wieder der Gesundheit und dem Frieden entgegenzuführen. Die Überwindung und Ausrottung des internationalen Mißverhaltens und Mißtrauens, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung für alle sind Voraussetzungen für die Erreichung dieses Ziels.

Deutschland ist seit Jahren diesen Weg gegangen. Es hat im Interesse dieses Ziels die schmerzhaftesten Opfer auf sich genommen. Glaube, Liebe und Hoffnung, die Begriffe des weihnachtlichen Festes, müssen erst in die Herzen der Völker zurückfinden, wenn uns die Erfüllung seiner Verheißung zuteil werden soll.“

Der Papst zur Krise.

Rom, 28. Dezember.

In einer Ansprache an das Kardinalskollegium streifte der Papst auch die Abrüstungsfrage, wobei er ausführte, sein Wort sei das der Engel in der Geburtsstunde Gottes vom wehrlosen König des Friedens, von der waffenlosen Allmacht Gottes, nicht nur vom Frieden der Herzen, sondern auch vom äußeren Frieden, „dessen Rüstzeug nicht aus Waffen bestehen könne, sondern aus Werkzeugen des Guten und des Wohlstandes“. Heute gebe es nur die Solidarität gemeinsamer Leiden. Darüber hinaus sehe man den Wettlauf der Isolierung und der gegenseitigen Ausschließung, das Wettrennen des Mißtrauens, wenn nicht gar der Einschüchterung.

Wintersport-Sonderzug.

Die Reichsbahn teilt mit, daß im Winter wieder ein Wintersportsonderzug verkehren wird.

Ab Herford-Bielefeld, Gütersloh-Brackwede, Paderborn, Brilon-Wald nach Willingen, Uffeln (Sauerland).

Der Zug fährt ab Herford 6,02; ab Gütersloh 5,57; ab Bielefeld 6,26; ab Brackwede 6,33 Uhr.

Der Fahrpreis beträgt für Hin- und Rückfahrt von Bielefeld nach Willingen 6,30 Mark.

Der Sonderzug verkehrt nur bei guter Schneelage. Das Verkehren wird jedesmal am Freitag vorher durch die Tageszeitungen bekanntgegeben.

Die Sonderzugskarten 3. Klasse mit 1/2 Fahrpreisermäßigung werden vom Freitag ab bis zur Abfahrt des Sonderzuges in Bielefeld und Brackwede durch die Fahrkartenausgabe ausgegeben. Die Karten gelten auf der Hin- und Rückfahrt nur für den Sonderzug.

Anzeigen aus Bethel.

— Die Scepta-Apotheke schließt Silvester um 2 Uhr nachmittags.

Die Häuser werden gebeten, am Jahreschluß die Verordnungsbücher zwecks Abrechnung zur Apotheke zu schicken.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Hüttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld, Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

G. Steinmann

Orgel- u. Harmoniumbau

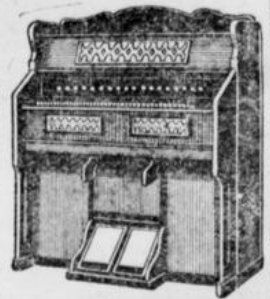
Vlotho-Wehrendorf

Harmoniums in allen Größen und Preislagen nach den Grundsätzen der neuesten Orgelreform von 150.— RM an.

Reparaturen sowie Stimmen gebrachter Instrumente.

Katalog kostenlos.

Gebrauchte Harmoniums sowie Klaviere stets am Lager.



Hervorragend in Geschmack und Güte; stets fabrikfrisch.

Echte Eigelb-Margarine Pfd. 60 Pfg.

Feine Tafel-Margarine „50“

Mindestmenge 9 Pfund; porto- und spesenfreier Versand unt. Nachn.

Friedrich Schmidke, Hamburg 11, Neptunhaus

Fernruf: 36 6141/42